

# Vorwurf der Arroganz

Stadt muss nun doch mit Grundbesitzern der „Salzgrube“ verhandeln

**Villingen-Schwenningen** (est) Auf die Nase gefallen ist die Stadtverwaltung mit dem Versuch, gegen den Willen von 19 privaten Grundstücksbesitzern im Gewann „Salzgrube“ ein „gesetzliches Umlegungsverfahren“ durchzudrücken. Am Mittwoch kippte der Umlageausschuss des Gemeinderates seinen vor einigen Wochen gefassten Beschluss, ein gesetzliches Verfahren durchzuführen. Mehrere Gemeinderäte sollen an Oberbürgermeister Kubon und Stadtplaner Henning Keune massive Kritik geübt haben. Ihnen wurde „Arroganz“ im Umgang mit den privaten Grundeigentümern vorgeworfen.

Wie berichtet, will die Stadt im Gebiet „Salzgrube“ ein neues Industrie- und Gewerbegebiet mit 46 Hektar ausweisen. Allerdings sind 62 Prozent dieser Grundstücke in Privatbesitz. Um sich hier langwierige Verhandlungen mit den Eigentümern über die Modalitäten des Grundstücksverkaufs zu sparen, kamen die Verantwortlichen auf die Idee, die neuen Möglichkeiten eines „gesetzlichen Umlegungsverfahrens“ zu nutzen. Allerdings war das keine gute Idee.

Denn im Baugesetzbuch ist dargelegt, dass eine Kommune zuerst die Möglichkeiten einer „freiwilligen Umlage“ der Grundstücke mit den Eigentümern ausloten muss. Doch die Stadt befand es nicht für nötig, mit diesen überhaupt nur zu reden. Die Grundstücksbesitzer klagten daraufhin und bekamen vor dem Mannheimer Landgericht Recht.

Nun muss die Stadt gezwungenermaßen mit den Grundeigentümern das Gespräch suchen. „Wir gehen ergebnisoffen in die Gespräche“, betont Roland Müller, der Vorsitzende der Interessengemeinschaft der Grundbesitzer. Man strebe ein „freiwilliges Umlegungsverfahren“ an. Denn die Privatgrundstücksbesitzer sind überzeugt, dass sie mit dem gesetzlichen Verfahren weitgehend ihre Mitsprachemöglichkeiten verlieren und ihnen die Stadt die Bedingungen mehr oder weniger diktieren kann. Allerdings hegen einige Grundbesitzer Zweifel, ob die Stadt tatsächlich bereit sei, „auf Augenhöhe“ zu verhandeln. Denn seitens der Vertreter der Stadt werde schon wieder gedroht, dass die „gesetzliche Umlage“ kommt, wenn nicht bis zum 1. März eine freiwillige Einigung zustande kommt.

**Kommentar Seite 20**

## KOMMENTAR

SALZGRUBE

### Heruntergeholt

VON EBERHARD STADLER



Manchmal sitzt unsere Stadtverwaltung ziemlich auf dem hohen Ross. Sei es im Umgang mit den Umland-Bürgermeistern in der Verwaltungsgemeinschaft oder bei der (Nicht-)Behandlung der Grundstücks-Eigentümer im Gebiet „Salzgrube“. In beiden Fällen ist von vertrauensbildenden Maßnahmen wenig zu spüren. Wähnt sich die Stadt am langen Hebel, wird Machtpolitik exekutiert. Ein solches Verhalten kann sich schnell rächen. Man kann der Stadt nur raten, im Falle „Salzgrube“ die Gesprächspartner ernst zu nehmen. Ein Kompromiss, mit dem beide Seiten leben können, ist gewiss besser als ein beinhardter Konfrontationskurs. Wie schnell man sich auf dem Boden der Tatsachen wiederfindet, haben Kubon und die Seinen bei der unrühmlichen Schlappe um die gesetzliche Umlage erfahren.